

Nebräer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen lohnen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 RM, die 90 mm breite Millimeterzeile im Blattmetall 20 RM. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Sanktbarren Artzen.

Nr 46

Donnerstag, den 16. April 1931.

44. Jahrgang

Spanien als Republik.

Chronverzicht des Königs.



Madrid, 15. April.

König Alfons XIII. hat seinen für sich und seine Familie den Thron entsetzt. Am 17 Uhr versammelte sich das augenblickliche Kabinett im königlichen Palais, wo die Unterzeichnung der Abdankung durch den König erfolgte. Daraufhin hat der abgehende Ministerpräsident Dniomar Agnar dem tüchtigsten Präsidenten der Republik Alcala Zamora die staatlichen Gewalten übergeben. Es ist umgehend mit der Proklamtion der Republik zu rechnen.

gefehrt sind. Danach besteht für Ausländer vorläufig keine Gefahr. Mit Zusammenstoßen zwischen Regierungstruppen und Aufständischen ist nicht zu rechnen, weil die aus Portugal zur Unterdrückung der Bewegung entsandten Truppen doch sofort zu den Aufständischen übergehen, und weil die Regierung in Lissabon höchstens die Möglichkeit hat, die Revolutionäre auszuweichen zu lassen. Durch eine solche Maßnahme würden die Ausländer jedoch nicht betroffen, weil allein schon der vor Funchal liegende englische Kreuzer „London“ genügend Lebensmittel an Bord hat, um die ausländische Kolonie zu versorgen.

Es wird angenommen, daß der Zustand von einem gewissen Major Sardinaha bis ins einzelne vorbereitet worden ist, der bei den nach Madelera vertriehenen politischen Gegnern der jetzigen Esfabonner Regierung die beste Unterbringung findet. Sogar kommt die Amtsfähigkeit des von Lissabon entsandten Militärkommandanten, der sich die Sympathien der Zivilbevölkerung durch übertriebene Strafmaßnahmen verschafft. Schließlich hat auch die Steuerpolitik der Regierung die Bevölkerung ziemlich verblüht.

Berlins neues Oberhaupt.

Dr. Sahn zum Oberbürgermeister gewählt
In Berlin fand die Wahl des Oberbürgermeisters statt. Insgesamt wurden 222 Stimmentel abgegeben, 13 davon waren unbeschrieben, 209 gültig. Dr. Sahn erhielt 110 Stimmen, der Kommunist Rüd 52, Steiniger (Dnt.) 46 und Springfeld (Dnt.) 1 Stimme.

Genf und die Zollunion.

Das Zollabkommen auf der Tagesordnung der Ratslagung.

Die Note der englischen Regierung an den Generalsekretär des Völkerrates, in der ersucht wird, das deutsch-österreichische Zollabkommen auf die Tagesordnung der Ratslagung des Völkerrates zu setzen, ist nach Übermittlung an sämtliche Mitgliedsstaaten auf die Tagesordnung der Ratslagung gesetzt worden.

Von einer erregten Wiederaufnahme der italienisch-englisch-französischen Besprechungen kann daher keine Rede sein. Französischerseits ist lediglich der juristische Sachverhalt abgeklärt, dem die Aufgabe zufällt, die Punkte zu regeln, über die bereits eine Verständigung erzielt worden ist.

Russlands Wirtschaftsspionage.

Ein Agentennetz über ganz Deutschland.

London, 15. April.
Zu den Veröffentlichungen über die Wirtschaftsspionage in der IG-Farben und anderen deutschen Betrieben wird amtlich mitgeteilt: „Schon seit längerer Zeit ist den zuständigen Behörden bekannt, daß Angehörige der kommunistischen Partei Deutschlands mit Angestellten und Arbeitern größerer Betriebe in verschiedenen Städten Deutschlands unter dem Vorwand der Beschaffung günstiger Arbeitsgelegenheit in Rußland in Verbindung traten. Die wahre Absicht war die, durch sie in den Besitz wertvoller Betriebsgeheimnisse zu kommen. Die durch die Polizei Ludwigshafen sofort eingeleiteten Erhebungen führten zunächst zur Verhaftung eines früheren Betriebsleiters der S.-G. Ludwigshafen, Hans Schmid.“

Die bei ihm vorgenommene Hausdurchsuchung ergab stark belastendes Material gegen verschiedene kommunistische Führer, mit denen Schmid in engem Verkehr stand, um ihnen gegen reichliche Zuwendungen wertvolle Betriebsgeheimnisse der IG. preiszugeben.

Im Zusammenhang damit konnten Erich Stiefen-Berlin und Karl Dienstbach-Frankfurt am Main anlässlich einer verabschiedeten Zusammenkunft mit Schmid in Ludwigshafen am 22. März festgenommen werden. Beide führten einen umfangreichen Briefwechsel und anderes schriftliches Material mit sich, wodurch sie im Zusammenhang mit den bei den Hausdurchsuchungen ertretenen Umständen ebenfalls schwer belastet wurden. Insbesondere geht daraus hervor, daß ihnen Schmid schon eine Reihe wichtiger Betriebsgeheimnisse in der Form schriftlicher Berichte zugänglich gemacht hatte.

Die bisherigen Ermittlungen ergeben einen erheblichen

Wer Deutschland rettet, ist gleichgültig. Entscheidend ist, daß Deutschland gerettet wird. Hinein in die nationale Front der Rettung.

Die Nachrichten von dem entscheidenden Sieg der Republikaner bei den fünfzig Gemeinderatswahlen sind bekannt. In 35 von 50 Provinzhauptstädten haben die Republikaner eine Mehrheit gewonnen. Die einzigen Städte, die monarchistisch geblieben sind, sind: Burgos, Gadi, Victoria und Salamanca. Man erwartet den Eintritt des Kabinetts Agnar und die Verlinkung des Belagerungszustandes in Madrid.

Die Zahl der in Madrid für die Republikaner abgegebenen Stimmen beträgt 92 000 gegenüber 33 000 monarchistischen Stimmen. Sämtliche 30 republikanische Kandidaten wurden gewählt. Zwischen Republikanern und Monarchisten kam es zu blutigen Zusammenstößen.

Republik in Nordspanien ausgerufen.

Auf dem Bürgermeisteramt in Barcelona, das der stellvertretende Bürgermeister auf Aufforderung den Republikanern übergeben hat, ist die republikanische Fahne gehißt worden. Eine gewaltige Menge drach bei diesem Anblick in begeisterte Huldrie auf die Republik aus. Man behauptet, daß Oberst Macia Präsident der katalanischen Republik werden würde. Andererseits berichtet Savaas aus Madrid, daß die Republik in Saragossa, Cordoba, San Sebastian, Huelva, Almeria, Vigo, Leon und zahlreichen kleineren Städten ausgerufen worden ist.

Die Republik in Spanien ist jetzt als Tatsache anzusehen. Die republikanische Regierung setzt sich aus folgenden sozialistischen und republikanischen Führern zusammen:

- Ministerpräsident Alcala Zamora,
- Außenminister Aznara,
- Marineminister Ceceas Luiraga,
- Finanzminister Prieto,
- Innenminister Miquel Maura,
- Minister für öffentliche Arbeiten Albornos,
- Arbeitsminister Caballero,
- Wirtschaftsminister Barrios,
- Minister für Unterricht Professor Ferrnando de los Rios.

Die Regierung verweigert.

Als Trennhänder des Volkes hat Fernando de los Rios die neue Regierung verweigert. Die Regierung hat erklärt, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Ruhe und Ordnung zu gewährleisten und das Leben der Wohlhabenden Familien zu schützen. Die Truppen sind in den Kasernen gelassen.

„Atlantida.“

London, 15. April.

Die ersten zuverlässigen Meldungen über die Lage auf Madelera stammen von Reisenden, die nach England zurück-

Allgemein aufgefallen ist hier die Geschichte, offensichtlich unklar gehalten, das eingehende Antrages. Es besteht der Eindruck, daß die englische Regierung sich weder im Gegenlatz zu dem französischen, noch zu dem deutschen Standpunkt legen wollte.

Im ersten Abtatz wird beantragt, das Zollabkommen als solches auf die Tagesordnung zu legen, ohne daß hierbei die Rechtsfrage gestellt wird. England sucht offenbar hierdurch den französischen Wünschen auf eine allgemeine Erörterung des Völkerrates entgegenzukommen. Zugleich schränken die Abtätze 2 und 3 eine solche Auslegung wieder ein, indem ganz allgemein hervorgerufen wird, es beständen Zweifel an der Vereinbarkeit des Zollabkommens mit den Bestimmungen des Genfer Protokolls von 1922; die englische Regierung halte es für wünschenswert, daß diese Frage durch den Völkerrat entschieden werde.

Die englische Regierung verweigert es jedoch ausdrücklich, sich mit diesen Zweifeln zu identifizieren. Die Möglichkeit der Einholung eines Rechtsgutachtens des Haager Gerichtshofes wird mit keinem Wort erwähnt. Die endgültige Formulierung der Frage, die vor dem Völkerratsrat zur Verhandlung gelangen wird, erfolgt erst in der geheimen Sitzung des Rates, die der Eröffnung der Ratsverhandlungen vorhergehen wird.

Ob und in welcher Form Österreich und die Tschechoslowakei als Signatarstaaten des Genfer Protokolls zu den Ratsverhandlungen gezogen werden, steht noch nicht fest. Nach den Bestimmungen des Völkerratsabkommens können interessierte Mächte zu den Ratsverhandlungen hinzugezogen werden, dürfen jedoch an der ersten geheimen Sitzung nicht teilnehmen. In diesem Falle würden die beiden Regierungen als Mitglieder des Völkerrates gelten und Sitz und Stimme haben. Es ist zu erwarten, daß der Generalsekretär die beiden Regierungen darauf aufmerksam machen wird, daß eine fe unmittelbar interessierende Frage zur Verhandlung gelangen wird; damit wäre die Möglichkeit ihrer Teilnahme an den Ratsverhandlungen gegeben. Das Schweregewicht der Verhandlungen dürfte jedoch schon möglicherweise im Europaratssitzung liegen, da dort hauptsächlich von französischer und tschechoslowakischer Seite ein umfangreicher Gegenantrag zum Zollabkommen eingebracht werden wird, um eine Verzögerung der deutsch-österreichischen Zollverhandlungen zu erreichen.

Paris sabotiert.

Wiederaufnahme der Flottenbesprechungen durch Frankreich verzögert.

Paris, 15. April.

Die Londoner Flottenbesprechungen, die bereits beginnen sollten, verlieren insofern an Interesse, als die französische Abordnung Paris überhaupt nicht verlassen hat und voraussichtlich in den nächsten Tagen nicht verlassen wird.

Anhalt dafür, daß es sich um eine über ganz Deutschland vertretene Organisation handelt, die dem Zwecke dienlich, wirtschaftliche Spionage zu treiben.

Als deren Haupt erscheint Erich Stiefen, einer der maßgebenden Führer der KPD. (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition). Für Süddeutschland bediente er sich dabei der Vermittlung des Karl Dienstbach, der von seiner früheren Tätigkeit im Werk Höchst der IG. persönliche Beziehungen zu Chemiewerke und -angestellten hatte. Stiefen verfügte sicherlich auch über gute Beziehungen mit russischen Stellen in Berlin, was schon daraus erhellt, daß seine Frau als Privatsekretärin bei der russischen Handelsdelegation angestellt war. Inwiefern Stiefen die durch seine Maßnahmen erlangten Berichte und Betriebsgeheimnisse verwertet hat, konnte bisher noch nicht mit genügender Sicherheit aufgeklärt werden. Die an der Wirtschaftspionage beteiligten Personen, insbesondere Stiefen und Dienstbach, verfügten über reichliche Geldmittel. Der gegen Stiefen erlassene Haftbefehl wurde im Haftprüfungsverfahren aufrecht erhalten. Am 10. April wurde nach der Sekretär der kommunistischen Partei Deutschlands der Wals, Eugen Herbst, festgenommen. Weitere Verhaftungen sind bisher noch nicht erfolgt. Die IG-Farben hat, wie verschiedene andere Betriebe, gegen die an der Straftat beteiligten Personen Strafantrag gestellt. Auf ihren Antrag wurden sie als Nebenkläger zugelassen.“

Das Geschäft mit Rußland.

Berlin, 15. April.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie teilt mit: Die Verhandlungen zwischen den Vertretern des obersten Völkerratsrates der W.S.S.R. und den deutschen Industriellen wurden heute zu Ende geführt. Es wurde in allen Punkten eine Einigung erzielt und damit die Grundlage geschaffen für die von der Sowjetseite zu erteilenden Bestellungen.

Je nach der Art der Bestellungen werden sich die Kredite nach den jetzt getroffenen Abmachungen auf 1, 21 und 28,8 Monate erstrecken, wobei der letzte Termin für solche Bestellungen gilt, die ganze Einrichtungen (Fabrikanlagen) umfassen. Der Diskontsatz wird zu 8 % über dem jeweiligen Reichsbankdiskont liegen. Die weiteren Einzelverhandlungen werden nunmehr zwischen den Vertretern der jeweiligen russischen Industriegruppen und den deutschen Lieferfirmen geführt werden.

Ein einzig dastehender Fall.

London, 15. April.

Der australische Staat Neusüdwales läuft Gefahr, seinen Bankrott erklären zu müssen, wenn das Urteil in dem

lenationalen Prozeß, den die Bundesregierung gegen ihn wegen Väterfälschung der am 1. April vorgelegten Zinsfisch von 57 515 englischen Pfund angeklagt hat, für ihn — wie zu erwarten ist — ungünstig ausfällt. Der Prozeß wird vor dem Bundesgericht innerhalb von sechs Wochen stattfinden und voraussichtlich zur Folge haben, daß alle im Staate Neudluidales eingehenden Steuern und Zölle zugunsten der Bundesregierung einbehalten werden, so daß praktisch die Regierung von Neudluidales über keinen Pfennig verfügen würde.

In diesem Falle wird wahrscheinlich der verfassungsmäßig vom englischen König ernannte Gouverneur von Neudluidales das Parlament mit der Begründung auflösen, daß es unfähig ist, den Staat zahlungsfähig zu erhalten, ein Schritt, der in der britischen Geschichte einzig dastehen würde.

Guerillakrieg in Nicaragua.

Kämpfe mit den Sandinobanden.

London, 15. April.

General Sandino in Nicaragua hat den Bürgerkrieg wieder aufgenommen. In der Osthälfte Logotón, 29 Kilometer von Puerto Cabezas, sind amerikanische Marinebataillone und eine Abteilung Nationalgarde von Anhängern Sandinos eingeschlossen. Ein amerikanischer Hauptmann und ein eingeborener Antioffizier wurden getötet und zwei amerikanische Marinebataillone gefangen genommen, von denen einer jedoch wieder entkam.

Eine zweite Abteilung der Nationalgarde, die der ersten zu Hilfe kommen wollte, wurde gleichfalls eingeschlossen. Die in Puerto Cabezas liegende Nationalgarde ist zur Befreiung der eingeschlossenen Abteilungen aufgebunden. Man nimmt an, daß die Sandinobanden über ausreichende Kriegsmittel verfügen.

Unbestätigten Nachrichten aus Managua zufolge sind verschiedene amerikanische Militär- und Zivilpersonen sowie Nationalgardisten von den Banditen, die bei Puerto Cabezas einen Eisenbahngang überfallen haben, getötet worden.

Der Aufstand in Venezuela.

Die Zeitung „Tiempo“ in Bogota (Columbien) berichtet aus Cucuta, daß die Streitkräfte des aufständischen Generals Cebeno von venezolanischen Regierungstruppen bei Droptio (?) entscheidend geschlagen worden seien. Das Hauptquartier der Aufständischen jedoch dementierte diese Nachricht.

Deutsche Tagesschau.

Russenausträge für Deutschlands Elektroindustrie. Gerichte, daß neben den allgemeinen deutsch-russischen Verhandlungen noch gesondert Verhandlungen über Aufträge mit der

gelogt sei. Was Bulgarien angeht, so nahm die Kommission zur Kenntnis, daß die Souverän Abmachungen durch den Austausch der Reparationsurkunden am 27. Dezember 1930 in Kraft getreten sind. Es wurde festgestellt, daß die Verhandlungen der Reparationskommission zu Bulgarien ebenfalls als beendet gelten können, sobald gewisse im Haager Abkommen vorgegebene Formalitäten erfüllt sein werden.

Polens Industrie in Rußland unerwünscht.

Die polnische Industriellen-Abordnung hat im letzten Augenblick ihre Reise nach Rußland unterlassen. Als Grund wird ein Artikel angegeben, der in einigen sowjetrussischen Blättern erschienen ist; in diesem Artikel wird u. a. erklärt, die polnische Industrie stehe vor dem völligen Ruin und erhole von Vierungen nach Sowjetrußland die einzige Rettung. Dem Führer der polnischen Abordnung, Wierzbicki, wird nachgelagt, er sei wegen seiner sonstigen Bekanntschaft mit der polnischen Industrie nicht geeignet, die polnischen Industrie in Rußland zu vertreten, da er von den Russen als „Polen“ angesehen werden würde. Die Abordnung wurde jedoch, ihre Reise nach Rußland solange hinausgeschoben, bis die Zusammenhänge dieses Artikels restlos aufgeklärt worden sind.

Geglückte Flucht.

Deutscher Kommunist entweicht aus dem Gefängnis.

Prag, 15. April.

Der kommunistische Stadtrat Max Kötz (nicht Hötz) aus Jattensien in Sachsen, der vorige Woche verhaftet wurde, als er zusammen mit der kommunistischen Agitatorenin Schmilbauer die tschechoslowakische Grenze zu überschreiten versuchte, hat abends aus dem Grasslitzer Gefängnis entfliehen können.

Wie die Prager Abendzeitung zu berichten weiß, soll diese Flucht vorbereitet gewesen und von tschechischen Jungkommunisten, die sich vor dem Gefängnis versammelt hatten und dadurch eine Verfolgung unmöglich machten, gedeckt worden sein. Zwei von ihnen sind festgenommen worden. Bei diesen fand man die Befreiung des Kötz betreffenden Anweisungen. Den anderen Befreier gelang es, über die Grenze zu entkommen.

Kleine politische Meldungen.

Rücktritt des tschechischen Botschafters in Moskau. Der tschechische Botschafter in Moskau, Václav Kříž, hat sein Amt zurückgetreten. Er war seit 1929 ununterbrochen Gesandter in Moskau.

Botschafter von Neuchâtel erkrankt. Der deutsche Botschafter in London Freiherr von Neuchâtel ist in den letzten Wochen an hartnäckigen Schmerzen im Gesicht. Er hat sich daher am Montag einer Operation unterziehen müssen, die jedoch die Ursache der Schmerzen noch nicht eindeutig geklärt hat. Die tschechischen Londoner Ärzte haben dem deutschen Botschafter angetragen, sich

Landwirtschaftskammer für Durchführung des Projekts und meinte, daß die Zustimmung dafür seitens der beteiligten Landwirte wohl als selbstverständlich gelten sollte. — Die nun folgende Aussprache brachte zeitweise recht fröhliche Szenen, es wurde das Für und Wider mit einer erregten Leidenschaft geäußert, jedoch am am dem Zustandekommen der Genossenschaft längere Zeit zweifeln mußte. Als Vertreter von Carsdorf legten die Herren Schilling, Jägel und Seibede den Beitritt ihrer Gemeinde zur Genossenschaft ab; Herr Fröhlich-Reinsdorf erklärte, daß seine Gemeinde für Carsdorf aufstehe, weil für Reinsdorf bereits vor 2 Jahren die Gräben frisch ausgehoben wurden. Als darauf der sozialistische Ortsrat Herr Haase von Reinsdorf aussprach, daß das Ausheben dieser Gräben zwecklos gewesen sei, daß alles verfallener ist, weil Carsdorf nichts für die Entwasserung getan habe, daß aber schließlich auch die anderen dahinter kommen werden, daß etwas gesehen muß, wurde es im Saale recht unruhig, als Haase dann schließlich noch sagte: „Was der Bauer nicht kennt, das ist ihm nicht!“ — In diesem Augenblick trat ein „Schmeißt ihn raus!“ und ähnliches hörte man, auch Fröhlich-Reinsdorf setzte ein, das erst aufhörte, nachdem der Herr Landrat dem Haase eine Rüge für seine unparlamentarische Äußerung erteilt hatte. — Unter gewissen Vorbereitungen erklärten sich die Herren Baron von Hellborn für Rittergut Jägel, Rentmeister May für Rittergut Nebra für die Gründung der Genossenschaft, ebenso Herr Bürgermeister Grünberg als Vertreter der Stadt Nebra unter der Bedingung, daß zu den Arbeiten in der Gemarkung Nebra nur erwerbslose Arbeiter von Nebra eingestellt werden. Lebhaft Debatten entstanden noch, als Herr Sommer-Pretsch das Entwasserungsprojekt mit dem Wasserleitungsbaue Wehensdörferbach, Preitz und Lieberstedt verglich. Nach der erfolgten Abstimmung teilte der Herr Landrat mit, daß nach dem Ergebnis, unter Hinzurechnung der Gemarkungen Kirchschönbogen bis Freyburg nach Maßgabe der Flächen-Getra, die jene Wehensdörfer sind, bewirtschaften, die Gründung der Wasserbau-Genossenschaft so gut wie beschlossen sei und es notwendig wird, zur Wahl von Vertrauensleuten aus den einzelnen Gemarkungen zu schreiben. Die Wahl erfolgte auf Zuruf und hatte folgendes Ergebnis:

Nebra: (für das Projekt): Bürgermeister Grünberg, Landwirt Schulze-Altenode, Oberinspektor Etzsch, Landwirt Friedrich Etzsch. — Oberst Karl Pfingst (Geener des Projekts).

Jägel: (für das Projekt): Baron von Hellborn.

Reinsdorf: (für das Projekt): Willst Durfurt. — Geener: Arbeiter von Müchhausen-Virnburg, Landwirt Fröhlich.

Gegen Parteilichkeit und Klassenkampf! Nation ist Schicksalsgemeinschaft. Wer Du auch bist, Dein Schicksal ist das der Nation.

WEG geführt werden, werden dahingehend befähigt, daß bereits seit geraumer Zeit über größere Elektroprojekte russischerseits mit deutschen Elektrofirmen (nicht allein mit der AEG) geführt werden, deren Abschluß zur Zeit aber noch nicht zu übersehen ist.

Lohnabbau in der deutschen Zigarettenindustrie.

In der Lohnbewegung in der deutschen Zigarettenindustrie wurde durch den Schlichter Dr. Stengel-Hamburg ein Schiedspruch gefällt. Nach diesem von beiden Parteien im Voraus angenommenen Schiedspruch tritt ab 15. April ein Lohnabbau von 4 bzw. 6 v. H. ein. Von dem prozentigen Lohnabbau werden etwa ein Fünftel, von dem prozentigen Wöbau vier Fünftel der Arbeiter betroffen.

Generaloberst Heye wieder in Deutschland.

Der frühere Chef der Heeresleitung, Generaloberst Heye, traf mit dem Dampfer „Rio Ranuco“ des Norddeutschen Lloyd in Bremen ein. Generaloberst Heye hatte sich auf einer Studienreise in Mexiko aufgehalten.

Noch keine Ergänzung der Thüringer Regierung.

Dr. Wismann mit neuen Verhandlungen beauftragt. Meinert, im Landtag wurde am Dienstag die vorgelegene Ergänzungsliste für das Thüringische Reichstags (28. März) und Kaufe als Staatsräte mit 29 gegen 19 Stimmen bei Enthaltung der Staatspartei abgelehnt. Auch ein nationalsozialistischer Antrag auf Wiederwahl Dr. Frick und der Staatsräte Marthaler und Kien verfiel mit 27 gegen 8 Stimmen bei 14 Enthaltungen der Landvolkpartei und Wirtschaftspartei der Ablehnung. Ebenso wurde der Antrag der Kommunisten, ihren Aufstellungsantrag auf die Tagesordnung der Dienstagssitzung zu legen, abgelehnt.

Im Alleinvertretend wurde von sämtlichen Parteien der Standpunkt vertreten, daß namentlich die Deutsche Volkspartei

die Aufgabe hätte, einen Verhandlungsführer für neue Verhandlungen und für die Einbringung einer neuen Kandidatenliste zu stellen. Das Präsidium wurde aufgefordert, einen Verhandlungsführer zu bestimmen. Dieses beauftragte den Abgeordneten Dr. Wismann, als Fraktionsführer der Deutschen Volkspartei, mit diesen Verhandlungen. Wismann nahm den Auftrag an.

Der Landtag soll zwischen dem 21. und 24. April wieder zusammentreten.

Auslands-Rundschau.

Arbeitspause in den deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen.

So den in Wien geführten deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen ist infolge der rumänischen Regierungslinie eine Arbeitspause eingetreten. Auch die ungarisch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen sind unterbrochen worden. Der Leiter der ungarischen Abordnung hat sich zur Berichterstattung nach Budapest begeben, wo er in etwa einer Woche zurückkehren wird. Man erwartet, daß die Verhandlungen bald zu einem positiven Ergebnis führen werden.

Die Reparationskommission liegt im Sterben.

Die Reparationskommission, die seit dem Inkrafttreten des Young-Planes sich nur noch mit Ungarn und Bulgarien zu befassen hat, hielt unter dem Vorsitz des Senators Hauptal eine Sitzung in Paris ab. Die Reparationskommission stellte fest, daß das Pariser Abkommen vom 28. April 1930 in Kraft getreten ist und daß ihre Aufgabe Ungarn gegenüber hiermit zum Abschluß

von Spezialärzten in Berlin unterzogen zu lassen. Früherer von Neuchâtel wird daher voraussichtlich am Sonnabend von London nach Berlin abreisen.

35 Tote in Puerto Cabezas. Den letzten Berichten aus Puerto Cabezas zufolge sollen bei den neuen Unruhen 25 Marinebataillone und zehn Angestellte der Fruit Company getötet worden sein. Die Aufständischen zerstörten mehrere Gebäude ein und zerstörten die Telefonleitung.

Entführung eines polnischen Spions. Der polnische Spion Wikoff wurde in Komo erschossen. Sein Begräbnisgesuch war vom Staatspräsidenten abgelehnt worden.

Witz bei Mussolini. Reichsminister Witz stattete Mussolini einen Besuch ab.

Aus der Umgegend.

Nebra, 16. April.

— **Gründungsschwierigkeiten.** Die Gründung einer Entwässerungs-Genossenschaft für die Gemarkungen Kleinmangen, Nebra, Jägel, Reinsdorf, Carsdorf und weiter bis Freyburg stößt zunächst noch auf den Widerstand derer, die als Träger der mit einer Entwässerungsanlage verbundenen Lasten infrage kommen. Die am Dienstagmittag im Schützenhaus Nebra angelegte Versammlung der Interessenten war überaus zahlreich besucht. Herr Landrat Dr. Wandersleb hatte den Vorsitz und suchte, nach einer Begründung der Erscheinungen, in einem etwa einständigen Vortrag die Zweckmäßigkeit des Bauvorhabens klarzulegen. Er führte u. a. aus, daß die üblen Folgen der hochwasserstehenden der Unfruchtbarkeit in den Jahren 1926/27 Anlaß gegeben haben, eine teilweise, rasche Entwässerung der Wiesen durch Schaffung von einwandfreien Gräben herbeizuführen und so die Flora der Wiesen zu fördern. Um diesen Plan zu verwirklichen, müsse zur Gründung einer Wasserbau-Genossenschaft geschritten werden.

Diese werde sich von Nebra bis Freyburg erstrecken und etwa 775 Mitglieder zählen. Wenn die Genossenschaft sich nicht freiwillig bilde, müsse die Gründung zwangsweise erfolgen. Als der Redner ausfuhrte, daß die Vorarbeiten, die bisher entstanden sind, vom Staat und der Landwirtschaftskammer übernommen sind, wurde der Zwischenruf gehört: „Und wir müssen es bezahlen!“ Den Zwischenrufer fertigte Redner recht herb ab, jedoch die Art Abfertigung im Saale laute Unruhe hervorrief. So seinen weiteren Ausführungen fährt Herr Landrat das tabellöse Funktionieren der Entwässerungslosgelät der Strecke von Wettleben bis Nebra an. Weiter bemerkte Redner, daß aus Staatsmitteln für den Bau in jedem Jahre der Betrag von 20000 RM. zu erlangen sind, wenn aber die Gründung der Genossenschaft sich verzögern sollte, könnte die Zulage auf diese Weise nicht eingehalten werden. Die Kosten für das Projekt sind mit einer 10jährigen Tilgung vorgesehen, die Verwaltung der Genossenschaft wird ehrenamtlich erfolgen, auch sollen die Arbeiten erst dann erfolgen, wenn das Geld dafür herbeigeführt ist. — Darauf gab der Herr Landrat dem Herrn Regierungsbaumeister Sommer das Wort zur Erläuterung der technischen und finanziellen Seite.

Dieser erteilte in seinen Ausführungen auch die Rechte der Wähler, die allerdings nicht unfruchtbar sind. Er führte hierzu an, daß, wenn eine Genossenschaft diese vermeintlichen Rechte prüfen werde, sich sicher ein annehmbares Übereinkommen erreichen lassen wird. — Im Anschluß sprach ein Vertreter der

Carsdorf (im Besonderen): Walter Betzke, Walter Seibede, Ortsrichter Schilling.

— **Stadt-Vischspiele.** Der Ufa-Confilm „Die Drei von der Tankstelle“, der am Dienstag und Mittwoch nächster Woche zur Aufführung gelangt, zeigt in leutseliger harmonischer glänzender Darstellung, geschickte, einprägnante Schlägermusik und eine so originelle, einfallreiche Regie, daß jede Bühnenspielerin mit den Ideen und Sprechern, die hier in einständigen Stunden Film abrollen, beinahe eine ganze Saison auskommen. Enttäuscht ist der Film im einzelnen durchgeführt. ... mitten auf der Szene starker, nachhalliger Beifall ... unbefriedigt durchschlagender Erfolg ... Allan Hansen ist immer wieder ein kleines Wunder, wenn diese stierliche, quersichtige Frau über die Szene weilt. Sie wird vom Film zu Film anmutiger und verdient außerdem den ersten Preis als bestbesagene deutsche Filmhauptspielerin. ... Willy Krüsch, Oskar Karlweis, Heinz Rühmann, alle Drei, jeder auf seinem Platz ausgezeichnet. Kurt Gerron hat, sobald er auf der Szene erscheint, die Laube auf seiner Seite ... originelle, stimmungsvolle und feiseltene Gelangseinlagen ... vorbildlich fotografiert.

— **Straßenperrung.** Die Straße Bad Albra—Gartitzberg wird wegen Arbeiterarbeiten in Dringliche Arbeit Haeferl vom 13. April bis 25. April 1931 für alle Verkehr gesperrt. Der Durchgangsverkehr wird von Albra Haeferl und Bad Albra nach Gartitzberg über Schimmel-Franzoda und umgekehrt, der örtliche Verkehr über die angrenzenden Dörfer und Feldwege verlaufen. — Die vom 26. Februar ab. ins angeordnete Sperrung der Straße Albra—Frohnberg ist mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

— **Rafelben.** Am 15. April. Bis heute nachmittags 5 Uhr war die Zahl der Eintragungen zum Volksbegehren in unserm Ort auf 470 gestiegen.

— **Dornhof.** Auf der Straße nach Gethen, kurz hinter unserem Ort, kam am Sonntag ein auswärtsiger Motorradfahrer dadurch zum Stehen, daß auf der Chaussee verfallene entwässernde Wasserläufe lagen. Da er die Scherben erlitt im letzten Moment bemerkte und diesem Schicksal ausweichen wollte, kam er mit seinem Motorrad zu Fall. Glücklicherweise erlitt er keine Verletzungen. Es ist eine Unart fahrlässiger, die Scherben auf eine befahrene Straße zu werfen, kann doch der Benutzter der Autos, Motors und Fahrräder araber Schaden zugefügt werden.

— **Taubenburg.** Vor einigen Tagen wurde ein hiesiger junger Mann festgenommen, der sich durch die Berausgabung von falschem Feinmarktsilber verächtlich gemacht hatte. Bei der Durchsicht seiner Wohnung wurde eine ganze Menge falschemsilbermaterial vorgefunden und beschlagnahmt. Der Täter ist gefesselt. Er war Helfer und Betreiber des Faltschmelzes zugleich. Er wurde in das hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert.

— **Vod Sulza.** Bei dem nächsten Einbruch beim Gastwirte Dießel in Klein-Serlingen war auch der Vorbesitzer der kommunistische Partei, Große, beteiligt, der seit der Tat gefesselt war. Große, von dem man zunächst annahm, er habe sich nach Ausflucht gemeldet, hat sich der Polizei freiwillig gestellt.

— **Halle.** Die Lage im Baugewerbe ist nach wie vor ungeklärt. Die Streitziffer hat eine Erhöhung erfahren, und die Situation sieht so aus, als ob sie sich in den nächsten Tagen noch weiter verschärfen wird. Der Zentralverband der Zimmerer lehnt nach wie vor die Schiedsprüfung, die einen Lohnabbau vorsehen, ab, während sich der Deutsche Baugewerksbund, die große Organisation der Ar-



MAGGI'S Suppen 10 Pfg.

kosten nur noch **10 Pfg.**
der Würfel

teilnehmer, bis zur endgültigen Regelung des Lohntarifens mit dem Berliner Spruch abgehandelt hat. Der Reichsverband industrieller Bauunternehmungen hat sich den Berliner Spruch zu eigen gemacht, während der Bezirksarbeitsgeberverband für das Baugewerbe für die Provinz Sachsen und Anhalt nur bereit ist, den niedrigeren Schiedsspruch des hiesigen Tarifamts zu geben.

Wie wir schon erfahren, haben bisher in Halle etwa 15 Prozent der Bauarbeiter die Arbeit niedergelegt. Während die Revolutionäre Oberleitungsorganisation den Lohnkampf unter allen Umständen durchzuführen will, bemühen sich die Arbeiterkräfte heranzuziehen, die zu den durch Schiedsspruch herabgesetzten Löhnen arbeiten wollen.

Neue Verhandlungen sollen vor dem Tarifamt Halle in den nächsten Tagen stattfinden.

Bitterfeld. Über jedes Millionen Defizit. — Der Kreishaushalt 1931 weist einen ungedeckten Selbstbeitrag von 6245 000 Mark auf. Zur Aufbringung der direkten Kreissteuer hat der Kreis den Zuschlag zu den Anteilen der Gemeinden an der Einkommen- und Körperschaftsteuer, sowie zu den Realsteuern und der umlagefähigen Bürgersteuer auf 65 Prozent festgesetzt. Das Defizit ist eine Folge der Wohlstandsfallen.

Saalfeld. Am Montagabend begab sich der bei den Bauarbeiten an der Saalealterpore beschäftigte 23 Jahre alte Schloffer Willi Greiner von Saalburg an von seiner Arbeitsstätte nach einer anderen Baustelle, um dort zu revidieren. Auf dem Wege hat er ebenfalls die Signale für eine bevorstehende Sprengung überhört, denn als die Sprengung erfolgt war, wurde der Bauarbeitersohn mit zerstückeltem Kopf tot aufgefunden. Der Verunglückte ist jung verheiratet.

Thale. Das Auehildburger Schöffengericht verurteilte den Angehörigen des Reichsbanners Franz Wenzel wegen schwerer Körperverletzung zu fünf Monaten Gefängnis. Der Verurteilte hat bei einer Schlägerei zwischen Reichsbannerangehörigen und Nationalsozialisten, bei der es auf beiden Seiten Verletzte gab, mit einem Messer um sich geschlagen.

Die Maschine hatte drei Mann Befahrung und sieben Passagiere an Bord, von denen zwei getötet und vier schwer verletzt worden sind. Getötet wurden der Flugzeugführer und der Bordwart.

Die Schwerverletzten befinden sich im Krankenhaus in Kletzingen. Ueber das Schicksal des Bordführers ist noch nichts bekannt. Auch sind die Personalisten der verunglückten Passagiere noch nicht festgelegt.

Die Form des künftigen Weichschrenmals

Im Zusammenhang mit der Annäherung des zweiten Bundesführers des Stahlwerks, Oberleitungsant a. D. Duesterberg in Rudolfsab, sind dort Pläne für das künftige Reichschrenmal erörtert worden. Es handelt sich dabei zum Teil um die bereits bekannten Gedankengänge, die schon früher der Reichsbaufahrt vorgelegt hat. Danach sollen sich zu dem Ehrenmal aus der Richtung Jena-Rudolfsab, Gera, Gotha und Arnstadt konzentrische Straßen bewegen. Der Ehrenpavillon selbst soll mit einer Mauer aus zyklopischen Steinen umschlossen werden. Das Ehrenmal selbst soll in Form einer dreieckigen Terrasse sich erheben. Die einzelnen Terrassen sollen die verschiedenen Kriegsjahre kennzeichnen. Ein besondrer Mittelpunkt von etwa 300 Metern bildet das Allerheiligste, über dessen Gestaltung im Einzelnen jedoch noch Klarheit geschaffen werden muß. Vermutlich erfolgt ein Ausschreiben innerhalb der deutschen Künstlerzunft. Man denkt u. a. an die Schöpfung eines weils über die höchsten Bäume ragenden Kreuzes, das nachts besonders beleuchtet werden soll.

Als Schutzwache des Ehrenmals denkt man sich die Zusammenführung einer besonderen Reichswachtpolizei, zu der die Traditionscompagnien verschiedener ehemaliger Regimenter die betreffenden Angehörigen stellen.

Arbeiterdraf und Volksbegehren.

„Brot, Friede, Freiheit“ verdrängt am 9. November 1918 der Aufruf der sogenannten Volksbeauftragten dem deutschen

als vor dem Kriege, der Druck des Volkscapitals stärker als je, wenigstens bei uns, England, die Vereinigten Staaten von Amerika haben billiges Geld. Warum? Nicht etwa weil kein Geld vorhanden ist, sondern weil unsere ganze Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit falsch aufgezogen ist, darum haben wir die hohen Zinsen, darum muß die schaffende Arbeit dem Volkscapital fronen, das selbst nicht produktiv ist.

Wie sieht es mit der sozialen Gesetzgebung, die einst von dem kaiserlichen Deutschland unter Wilhelm I. und Bismarck in die Wege geleitet wurde? Wohl hat die Nachkriegszeit diese soziale Gesetzgebung fortgesetzt, aber man hat mehr und mehr vergessen, daß die wirkliche Sozialpolitik eine Wirtschaftspolitik ist, die den Arbeitern Arbeit und damit Brot gibt. Die Ueberlastung der deutschen Wirtschaft mit Steuern und sonstigen öffentlichen Lasten hat bewirkt, daß sie nicht mehr dem Ausland gegenüber konkurrenzfähig ist, daß sie nicht mehr dem deutschen Arbeiter sowohl Arbeit und Verdienst verschaffen kann, wie notwendig ist. Daher eine übermäßige Inanspruchnahme der sozialen Einrichtungen und eine Belastung der sozialen Kassen, die auch bei weitgehender Stützung seitens des Reiches zum Zusammenbruch führen muß. Es ist ein Zeichen der Zeit, wenn die Unterhaltungsfrage der Wohlfahrts- und Arznenfürsorge um 10 Prozent haben gekürzt werden müssen, weil einfach keine Mittel mehr vorhanden sind. Die außerordentlich bebenfliche Lage der Alters- und Invalidenversicherung ist allgemein bekannt und ebenso die sich mehrenden Schwierigkeiten der Arbeitslosenversicherung.

Die S.P.D. verdrängt den Ausgleich zwischen Reich und Arm. Auch hier ist ein Fortschritt nicht zu bemerken. Die Lebenshaltung der breiten Masse ist eine recht bescheidene geblieben. Fünf Millionen Volksgenossen sind arbeitslos und auf die Erhaltung ihrer öffentlichen Mittel angewiesen. Wer noch in Arbeit und Brot steht, weils nicht, wie lange ihm noch seine Arbeitsstätte offen steht. Ist das die versprochene Hebung der Lebenshaltung?

Deutscher, bekenne Du Dein Deutschtum durch Eintragung zum Volksbegehren

Neues aus aller Welt.

Vergiftungen in einer türkischen Mädchenschule. Unter schweren Vergiftungserscheinungen sind sämtliche Schülerinnen der türkischen Normalstufe für junge Mädchen in Konstantinopel erkrankt. Es handelt sich allem Anschein nach um ein Nahrungsmittelvergiftung. Jede unmittelbare Lebensgefahr scheint beseitigt werden.

Wie die Ludwigsbafener Spione verhaftet wurden. Ueber die Verhaftung der beiden Hauptbeteiligten an der Verpionage bei der IG Farben-Industrie wird jetzt folgendes bekannt: Dienstbad und Steffen teilen sich am Sonntag, den 29. März, in Frankfurt. Steffen war von Berlin im Einzelnen Veronalschloß. Beide haben dem gemeinlich im Schnellzug nach Ludwigsbaf, um hier von einem Dritten Material in Empfang zu nehmen. Schon bei ihrer Ankunft auf dem Ludwigsbafener Hauptbahnhof wurden sie von Kriminalbeamten beobachtet. Sie befolgten dann einen Kraftwagen, in dem sie nach einer Straße im nördlichen Teil der Stadt folgten. Als sie den Wagen verlassen, wurden sie von anderen Kriminalbeamten verhaftet.

Ein geheimnisvoller Todesfall. Der bekannte Berliner Kapellmeister Eric Borchardt, der in Saarbrücken ein Gastspiel gab, wurde von der dortigen Polizei verhaftet. In der Wohnung Borchardts wurde dessen Geliebte mit Vergiftungserscheinungen tot aufgefunden. Der herbeigerufene Arzt stellte fest, daß das Mädchen neun Veronal-Tabletten genommen hatte. Borchardt gab an, daß das Mädchen in seiner Anwesenheit Veronal genommen habe. Die vorgenommene Obduktion der Leiche hat ergeben, daß der Tod nicht durch Vergiftung, sondern durch Erstickung eingetreten ist. Der Kapellmeister Borchardt und das Mitglied seiner Kapelle, Hoffmann, haben dem bewußtlosen Mädchen einen Schlauch durch den Mund eingeführt, um durch Auspumpen des Magens die Giftwirkung der Veronaltabletten zu beseitigen. Dabei muß das Mädchen ersticken sein. Das Obduktionsergebnis hat den Untersuchungsrichter veranlaßt, auch gegen Hoffmann Haftbefehl zu erteilen. Hoffmann ist bereits festgenommen.

Ein historisches Schloß eingeweiht.

Der Archivar des Schloßes Belsen bei Biele in Westfalen, hat mit seiner Familie im Schloß die Obote, bemerkte früh harten Rauch. Er stellte fest, daß bereits der ganze Dachstuhl des Schloßes in Flammen stand. In aller Eile wurden die reichen Kunstschätze geborgen. Anwesenden hatte das Feuer einen derartigen Umfang angenommen, daß außer der Feuerwehre von Belsen auch die Wehren der benachbarten Drifshagen anrückten.

Da eine Rettung des Schloßes war aber nicht mehr zu denken. Zunächst wurde der rechte Flügel ein Raub der Flammen, dann griff das Feuer auf die Kapelle über, deren wertvolles Glockenspiel mit 87 Glocken verunstaltet wurde. Die mittleren Säle des Schloßes waren in kurzer Zeit ein einziger Trümmerschaufenster.

Flugzeug Berlin-Breslau abgestürzt.

Zwei Tote, vier Schwerverletzte.

Halle, 15. April.

Das auf der Strecke Berlin-Breslau verkehrende Flugzeug D 1928 stürzte bei Kletzingen in der Oberlausitz ab.

Volle. Die Verfassung von Weimar sicherte jedem Deutschen das Recht auf Arbeit zu. Ingefolgts der ständig wachsenden wirtschaftlichen Not, angefaßt von fast fünf Millionen Arbeitslosen, deren Zahl nur eine außerordentlich geringe saisonmäßige Abnahme bei Beginn des Frühjahres erfahren hat, kann man nicht sagen, daß die Partei, die nunmehr zwölf Jahre hindurch die Regierung Preußens fest in der Hand hatte und die auch der Reichsregierung mit nur geringen Zwischenräumen ihren Stempel aufdrückte, in der Lage gewesen ist, die Verpflichtungen zu erfüllen, mit der sie in den Tagen der Revolution die Macht an sich gerissen hat, aber auch nicht die Verheißungen, mit den sie seit mehr als 50 Jahren gegen den alten Staat und gegen die Wirtschaftspolitik gehandelt hat, die dem deutschen Arbeiter vor dem Kriege künftige Arbeit und sicheres Brot gab. In geradezu unverantwortlicher Weise hat die Sozialdemokratie gehandelt und gefährdet, um vollständig zu versagen, sobald sie sich in die Lage verlegt sah, die so freigebig gemachten Verpörungen zu verwirklichen. Wir sprechen in diesem Zusammenhang nicht von dem verberblichen Einfluß der S.P.D. auf den Ausgang des Krieges, dem sie durch bedingungslose Waffenstillsetzung ein unruhiges und verhängnisvolles Ende machte, nicht von der von ihr erzwungenen Außenpolitik der Nachkriegszeit, die in einer durch nichts gerechtfertigten Vertrauenslosigkeit gegenüber den ehemaligen Gegnern, bisher jede, aber auch jede Gelegenheit ungenutzt ließ, politischen und wirtschaftlichen Verdrägen, mit denen uns in erster Linie Frankreich in ewiger Sklaverei zu halten suchte, zu lotern, auch nicht von dem sittlichen und kulturellen Niedergang, von der Forderung der Ordnung und der Sicherheit von Berlin und Eigentum, sondern wir fragen nur, wie steht es um die materiellen Erfolge, die einst die deutsche Sozialdemokratie dem deutschen Arbeiter versprach.

Die S.P.D. forderie die Sozialisierung der Produktionsmittel. Die allgemeine Sozialisierung wurde zu ihrem und unserem Glück in Weimar abgelehnt. Da aber die S.P.D. die Macht hatte in Reich, wie in Preußen, in der Mehrzahl der Länder, wie in fast allen größeren Städten, sozialisierte man auf kaltem Wege, d. h. man übernahm einen Betrieb nach dem anderen in die öffentliche Hand. Wahrenddessen auf diesem Wege war Berlin. Was ist das Ergebnis? Tausende von selbständigen Erfindern sind verdrängt worden, aber der Segen, den diese Zerstörung selbständiger Arbeit bringen sollte, ist ausgeblieben. Berlin, die größte und vor dem Kriege auch die reichste Stadt Deutschlands ist heute pleite, so pleite, daß der Staat sich genötigt sah, der katastrophalen Pumpwirtschaft der Stadt einen Niegel vorzuschieben, so pleite, daß wohl nur durch einen weitgehenden Verkauf städtischen Eigentums, durch Abgabe der unrentablen städtischen Betriebe, durch schärfste Drosselung aller nicht unbedingt nötigen Ausgaben überhaupt noch Rettung möglich sein wird. Wie in Berlin steht es überall! Heute stehen wir vor dem Zusammenbruch aller öffentlichen Unternehmungen, heute ist offensichtlich, daß Staat, Ländern und Gemeinden weder billiger, noch besser arbeiten können als der Einzelunternehmer. Kann man von einer Partei, die in dem Hauptpunkte ihres Programms so fürchterlich Schiffbruch erlitten hat, in der heutigen Notzeit Rettung erwarten?

Aber sie hat ja nicht nur hier verlagert. Befreiung verhielt man dem Arbeit e von den drückenden Fesseln des Volkscapitals. Heute sind die Zinsen mehr als doppelt so hoch

Die S.P.D. schiebt alle Schuld auf die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise, die Mehrzahl ihrer Anhänger gibt sich ohne weiter nachzudenken, mit dieser Ausflucht zufrieden und auch mancher denkende Arbeiter sagt sich, was kann ich von anderen Parteien erwarten, wenn selbst die S.P.D., die Partei der deutschen Arbeiter, uns nicht zu helfen vermag? Nun: die S.P.D. unter der Führung des alten Bebel war noch eine Arbeiterpartei, die S.P.D. von heute ist alles andere als eine Arbeiterpartei. Niemals würde eine Arbeiterpartei es zulassen, daß ihre Führer sich an Riesenverträgen erproben, während die große Masse darat, niemals würde sie es erlauben, mit öffentlichen Geldern derart umzugehen, während das Volk unter der Steuerlast zusammenbricht, niemals würde sie es zulassen, daß mit den Geldern der Krankenkassen, die zur Vinerkung der drückenden Not bestimmt sind, prunkvolle Paläste gebaut werden. Die deutsche S.P.D. von heute ist nicht die Partei des deutschen Arbeiters, sie ist in der Hauptsache die Partei der reichgewordenen Genossen, der Parteibüchbeamteten, der Bongen, des jüdischen Großkapitals, das in der S.P.D. seine stärkste Stütze sieht. Die alten Führer haben ihr längst den Rücken gekehrt, erst kürzlich der Berliner Stadtbaurat Wagner, dem die „unterlassenen Handlungen“ der Partei den Glauben genommen haben, „daß sie den ersten Willen und die Führertat hat, die heutigen Wirtschaftsende mit wirksamen Mitteln entgegenzutreten“.

Gibt es überhaupt noch solche Mittel? Durchein! Und vor allem der deutsche Arbeiter hat das größte Interesse daran, daß sie unverzüglich angewendet werden, denn das gemaltige Meer der Arbeitslosen steigt jeden, der da sehen will, und in erster Linie die Suppe auszulöffeln hat, die die zwölf Jahre Nachkriegszeit dem deutschen Volke eingebracht haben. Wir fragen nur:

Darum, wenn in Deutschland eine Not fondergleichen besteht, dürfen immer noch für Hunderte von Millionen Mark Luxus- und Genusmittel eingeführt werden?

Darum, wenn in Deutschland eine Arbeitslosigkeit von nie geklebtem Ausmaß herrscht, läßt man ausländische Produkte über die Grenze, die in Deutschland in derselben, wenn nicht in besserer Beschaffenheit hergestellt werden?

Darum, wenn man in Preußen-Deutschland nicht mehr ein und aus weils, läßt man nicht die an die Arbeit, die ihren Arm gelernt haben und verstehen, und macht Schluß mit dem Parteibüchbeamteten, die nur dank ihrer Beziehungen, aber nicht dank ihrer Fähigkeiten ihre Posten und Pöstchen erhalten haben?

Nun, es gibt der Fragen noch genug, die da fragen, warum es so bringend nötig ist, daß gründlich Wandel geschaffen wird, daß auch der deutsche Arbeiter dazu hilft, daß einem System ein Ende gemacht wird, dessen Rufen in erster Linie der deutsche Arbeiter hat bezuglos müssen. Darum gilt auch für den deutschen Arbeiter die Parole: Auf zum Volksbegehren! Darum stellt sich die S.P.D., die sonst der S.P.D. spimefeind ist, schäudernd vor die sozialistische Herrschaft in Preußen und bekämpft den Volkswortführer? Weil nur auf dem Beel der Not und der Verzweiflung die Saat der S.P.D. gedeiht.

Aber unser Volk vor dieser Not, vor der letzten Verzweiflung retten will, der läßt sich nicht irren machen, sondern torgt für sich und die Seinen und geht zum Volksbegehren.

Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Franz Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen lohnen: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Blattmetall 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Atern.

№ 46

Donnerstag, den 16. April 1931.

44. Jahrgang

Spanien als Republik.

Thronverzicht des Königs.



Madrid, 15. April.

König Alfons XIII. hat soeben für sich und seine Familie dem Thron entsagt. Um 17 Uhr versammelte sich das augenblickliche Kabinett im königlichen Palais, wo die Unterzeichnung der Abdankung durch den König erfolgte. Daraufhin hat der abgehende, Vizepräsident Simón Aznar den tätigen Präsidenten des Ministerrats Miguel Zamora die staatlichen Gewalten übergeben. Es ist umgehend mit der Proklamation der Republik zu rechnen.

gefehrt sind. Danach befehlt für Ausländer vorläufig keine Befahr. Mit Zusammenstößen zwischen Regierestruppen und Aufständischen ist nicht zu rechnen, weil die aus Portugal zur Unterdrückung der Bewegung entlassenen Truppen doch sofort zu den Aufständischen übergehen, und weil die Regierung in Lissabon höchstens die Möglichkeit hat, die Revolutionäre auszuweichen zu lassen. Durch eine solche Maßnahme würden die Ausländer jedoch nicht betroffen, weil allein schon der vor Kunchal liegende englische Kreuzer „London“ genügend Lebensmittel an Bord hat, um die ausländische Kolonie zu versorgen.

Es wird angenommen, daß der Zustand von einem gewissen Major Sardinaha bis ins einzelne vorbereitet worden ist, der bei den nach Madelera vertriehenen politischen Gegnern der jetzigen Alfonsoren Regierung die beste Unterbringung findet. Siny kommt die Amtsfähigkeit des von Lissabon entlassenen Militärkommandeurs, der sich die Sympathien der Zivilbevölkerung durch übertriebene Strafmaßnahmen verscherte. Schließlich hat auch die Steuerpolitik der Regierung die Bevölkerung ziemlich verärrt.

Berlins neues Oberhaupt.

Dr. Sahn zum Oberbürgermeister gewählt
In Berlin fand die Wahl des Oberbürgermeisters statt. Insgesamt wurden 222 Stimmentel abgegeben, 13 davon waren unbeschrieben, 209 gültig. Dr. Sahn erhielt 110 Stimmen, der Kommunist Rüd 52, Steiniger (Dnt.) 46 und Springfeld (Dnt.) 1 Stimme.

Genf und die Zollunion.

Das Zollabkommen auf der Tagesordnung der Ratslagung.

Die Note der englischen Regierung an den Generalsekretär des Völkerverbandes, in der ersucht wird, das deutsch-österreichische Zollabkommen auf die Tagesordnung der Ratslagung des Völkerverbandes zu setzen, ist nach Übermittlung an sämtliche Mitgliedsstaaten auf die Tagesordnung der Ratslagung gesetzt worden.

Von einer erregten Wiederaufnahme der italienisch-englisch-französischen Besprechungen kann daher eine Rede sein. Frankreichs ist lediglich der juristische Sachverhalt abgereift, dem die Aufgabe zufällt, die Punkte zu regeln, über die bereits eine Verständigung erzielt worden ist.

Russlands Wirtschaftsspionage.

Ein Agentennetz über ganz Deutschland.

Im Zusammenhang damit konnten Erich Stiefen-Berlin und Karl Dienstbach-Frankfurt am Main anlässlich einer verabredeten Zusammenkunft mit Schmid in Ludwigsghafen am 22. März festgenommen werden. Beide führten einen umfangreichen Briefwechsel und anderes schriftliches Material mit sich, wodurch sie im Zusammenhang mit den bei den Hausindustrien vorgetriebenen Umständen ebenfalls inhaftiert wurden. Insbesondere geht daraus hervor, daß ihnen Schmid schon eine Reihe wichtiger Betriebsgeheimnisse in der Form schriftlicher Berichte zugänglich gemacht hatte. Die bisherigen Ermittlungen ergeben einen erheblichen

Die bei ihm vorgenommene Hausdurchsuchung ergab stark belastendes Material gegen verschiedene kommunistische Führer, mit denen Schmid in engem Verkehr stand, um ihnen gegen reichliche Zuwendungen wertvolle Betriebsgeheimnisse der IG. preiszugeben.

Im Zusammenhang damit konnten Erich Stiefen-Berlin und Karl Dienstbach-Frankfurt am Main anlässlich einer verabredeten Zusammenkunft mit Schmid in Ludwigsghafen am 22. März festgenommen werden. Beide führten einen umfangreichen Briefwechsel und anderes schriftliches Material mit sich, wodurch sie im Zusammenhang mit den bei den Hausindustrien vorgetriebenen Umständen ebenfalls inhaftiert wurden. Insbesondere geht daraus hervor, daß ihnen Schmid schon eine Reihe wichtiger Betriebsgeheimnisse in der Form schriftlicher Berichte zugänglich gemacht hatte. Die bisherigen Ermittlungen ergeben einen erheblichen

Wer Deutschland rettet, ist gleichgültig. Entscheidend ist, daß Deutschland gerettet wird. Hinein in die nationale Front der Rettung.

Die Nachrichten von dem entscheidenden Sieg der Republikaner bei den spanischen Gemeindevahlen werden befreut. In 35 von 50 Provinzhauptstädten haben die Republikaner eine Mehrheit gewonnen. Die einzigen Städte, die monarchistisch geblieben sind, sind: Burgos, Gadi, Victoria und Salamanca. Man erwartet den Rücktritt des Kabinetts Aznar und die Verkinbung des Belagerungszustandes in Madrid.

Die Zahl der in Madrid für die Republikaner abgegebenen Stimmen beträgt 92 000 gegenüber 33 000 monarchistischen Stimmen. Sämtliche 30 republikanische Kandidaten wurden gewählt. Zwischen Republikanern und Monarchisten kam es zu blutigen Zusammenstößen.

Republik in Nordspanien ausgerufen.

Auf dem Bürgermeisterrat in Barcelona, das der stellvertretende Bürgermeister auf Aufforderung den Republikanern übergeben hat, ist die republikanische Fahne gehißt worden. Eine gewaltige Menge brach bei diesem Anblick in begeisterte Hochrufe auf die Republik aus. Man behauptet, daß Oberst Macia Präsident der katalanischen Republik werden würde. Andererseits berichtet man aus Madrid, daß Oberst Macia, Sebastian, Hueto, in anderen Städten ausgerufen.



Allgemein aufgefallen ist hier die geschickte, offensichtlich unter gehaltene Fäulung des englischen Antrages. Es besteht der Eindruck, daß die englische Regierung sich wieder im Gegensatz zu dem französischen, noch zu dem deutschen Standpunkt legen wollte.

Im ersten Absatz wird beantragt, das Zollabkommen als solches auf die Tagesordnung zu legen, ohne daß hierbei die Rechtsfrage gestellt wird. England sucht offenbar hierdurch den französischen Wünschen auf eine allgemeine Erörterung des Völkerverbandes entgegenzukommen. Zugleich schränkt die Absatz 2 und 3 eine förmliche Auslegung wieder ein, indem ganz allgemein hervorgehoben wird, es beständen Zweifel an der Vereinbarkeit des Zollabkommens mit den Bestimmungen des Genfer Protokolls von 1922; die englische Regierung halte es für wünschenswert, daß diese Frage durch den Völkerverband geklärt werde.

Die englische Regierung verwehrt es jedoch ausdrücklich, sich mit diesen Zweifeln zu identifizieren. Die Möglichkeit der Einholung eines Rechtsgutachtens des Haager Gerichtshofes wird mit keinem Wort erwähnt. Die endgültige Formulierung der Frage, die vor dem Völkerverband zur Verhandlung gelangen wird, erfolgt erst in der geheimen Sitzung des Rates, die der Eröffnung der Ratsverhandlungen vorübergehen pflegt.

Ob und in welcher Form Österreich und die Tschechoslowakei als Signatarstaaten des Genfer Protokolls zu den Ratsverhandlungen gezogen werden, steht noch nicht fest. Nach den Bestimmungen des Völkerverbandes können interessierte Mächte zu den Ratsverhandlungen hinzugezogen werden, dürfen jedoch an der ersten geheimen Sitzung nicht teilnehmen. In diesem Falle würden die beiden Regierungen als Mitglieder des Völkerverbandes gelten und Stimm und Stimme haben. Es ist zu erwarten, daß der Generalsekretär die beiden Regierungen darauf aufmerksam machen wird, daß eine sie unmittelbar interessierende Frage zur Verhandlung gelangen wird; damit wäre die Möglichkeit ihrer Teilnahme an den Ratsverhandlungen gegeben. Das Schwebende der Verhandlungen dürfte jedoch schon möglicherweise im Europaanischen Organ der Seite ein umfangreicher Gegenvorschlag zum Zollabkommen eingebracht werden wird, um eine Verzögerung der deutsch-österreichischen Zollverhandlungen zu erreichen.

Paris sabotiert.

Wiederaufnahme der Flottenbesprechungen durch Frankreich verzögert.

Paris, 15. April.
Die Londoner Flottenbesprechungen, die bereits beginnen sollten, verlieren insofern an Interesse, als die französische Abordnung Paris überhaupt nicht verlassen hat und voraussichtlich in den nächsten Tagen nicht verlassen wird.

Anhalt dafür, daß es sich um eine über ganz Deutschland verbreitete Organisationshandlung, die dem Zwecke dienlich, wirtschaftliche Spionage zu treiben.

Als deren Haupt erscheint Erich Stiefen, einer der maßgebenden Führer der NSD. (Nationalistische Gewerkschaftsopposition). Für Süddeutschland bediente er sich dabei der Vermittlung des Karl Dienstbach, der von seiner früheren Tätigkeit im Werk Höchst der IG. persönliche Beziehungen zu Chemiearbeitern und -angehörigen hatte. Stiefen verfügte sicherlich auch über gute Beziehungen mit russischen Stellen in Berlin, was schon daraus erhellt, daß seine Frau als Privatsekretärin bei der russischen Handelsdelegation angestellt ist. Inwiefern Stiefen die durch seine Mitteilungen erlangten Berichte und Betriebsgeheimnisse verwertet hat, konnte bisher noch nicht mit genügender Sicherheit aufgeklärt werden. Die an der Werksplionage beteiligten Personen, insbesondere Stiefen und Dienstbach, verfügten über reichliche Geldmittel. Der gegen Stiefen erlassene Haftbefehl wurde im Haftprüfungsverfahren aufrecht erhalten. Am 10. April wurde noch der Sekretär der kommunistischen Partei Deutschlands der Wals, Eugen Herbst, festgenommen. Weitere Verhaftungen sind bisher noch nicht erfolgt. Die IG-Farben hat, wie verschiedene andere Betriebe, gegen die an der Straftat beteiligten Personen Strafantrag gestellt. Auf ihren Antrag wurden sie als Nebenkläger zugelassen.

Das Geschäft mit Russland.

Berlin, 15. April.
Der Reichsverband der Deutschen Industrie teilt mit: Die Verhandlungen zwischen den Vertretern des obersten Völkerverbandsrates der DSSR und den deutschen Industriellen wurden heute zu Ende geführt. Es wurde in allen Punkten eine Einigung erzielt und damit die Grundlage geschaffen für die von der Sowjetseite zu erteilenden Bestellungen.

Je nach der Art der Bestellungen werden sich die Kredite nach den jetzt getroffenen Abmachungen auf 14, 21 und 28,8 Monate erstrecken, wobei der letzte Termin für solche Bestellungen gilt, die ganze Einrichtungen (Fabrikanlagen) umfassen. Der Distanzlauf wird zu 8, über dem jeweiligen Reichsbankdiskont liegen. Die weiteren Einzelverhandlungen werden nunmehr zwischen den Vertretern der jeweiligen russischen Industriegruppen und den deutschen Lieferfirmen geführt werden.

Ein einzig dastehender Fall.

London, 15. April.
Der australische Staat Neusüdwales läuft Gefahr, seinen Bankrott erklären zu müssen, wenn das Urteil in dem